

## Solide Finanzen

### Eine Politik für Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit durch Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit



**GEORG FAHRENSCHON**

Solide Finanzen sind die zentrale Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit. Jede verantwortungsbewusste Finanzpolitik muss sich an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit orientieren. Gerade jetzt lautet die Herausforderung, dass aus der Wirtschaftskrise keine Schuldenkrise werden darf! Wir müssen uns daher auf allen Ebenen für nachhaltige Staatsfinanzen im Interesse der Zukunft unserer Kinder einsetzen – in Bayern, Deutschland und Europa.

Der bayerische Staatshaushalt erfüllt diesen Anspruch bereits seit Jahren. Mit dem Haushalt ohne Neuverschuldung haben wir ein Markenzeichen geschaffen, das auch die Schuldenbremse im Grundgesetz geprägt hat. Wir müssen aber auch den Grundsatz der Eigenverantwortung wieder stärker in den Vordergrund rücken; dies gilt sowohl beim Länderfinanzausgleich als auch bei den Diskussionen um die Stabilität der Finanzen der Euro-Länder.

#### **Erstens: Solide Finanzen als Grundsatz bayerischer Haushaltspolitik**

In Bayern bildet solide Haushaltspolitik die Grundlage einer Politik der Zukunftsgestaltung für Bildung, für Arbeitsplätze, für Innovation. Nur Länder mit einer nachhaltigen Finanzpolitik haben Gestaltungskraft, sind dynamisch und auf Dauer attraktiv für Investoren.

So konnte der Freistaat Bayern in der jüngsten Wirtschaftskrise konsequent, rasch und präzise handeln. Wir hatten Spielräume, um erfolgreich gegenzusteuern. Wir haben für Stabilität gesorgt, Vertrauen geschaffen und den Bürgern und Betrieben Mut gemacht. Gemeinsam haben wir die Krise als Chance genutzt.

Schon Ende 2008 hat die Staatsregierung das bayerische Beschleunigungsprogramm im Volumen von 1,7 Mrd. EUR und den bayerischen Mittelstandsschirm beschlossen. Das Konjunkturpaket II haben wir mit rund 3.600 Projekte und einem Gesamtinvestitionsvolumen von 2,3 Mrd. EUR zielgenau und effektiv umgesetzt.

Das war nicht nur schnelle und konsequente Politik, sondern auch erfolgreiche bayerische Politik. Weil wir uns um die Betriebe und Beschäftigten in der Krise gekümmert, auf einen gemeinsamen Weg gesetzt und beim Handeln in der Krise die Zeit nach der Krise fest im Blick behalten haben. Das Ergebnis: Heute ist Bayern in vielen Bereichen noch stärker als wir es schon vorher waren.

Bayern war mit seiner exportstarken Industrie von der Wirtschaftskrise besonders gefordert. Für das Jahr 2010 ist aber mit einer beachtlichen Wachstumsrate von über 3½ Prozent zu rechnen. Bayern ist wieder Konjunkturlokomotive.

Der kraftvolle Konjunkturhaushalt Bayerns kam 2009/2010 zum vierten und fünften Mal ohne neue Schulden aus. Während in

Europa die Defizite explodierten, konnte der Freistaat davon zehren, dass wir in guten Zeiten Rücklagen für schwierige Zeiten bildeten.

Vor diesem Hintergrund hat die Staatsregierung in den vergangenen Monaten immense Anstrengungen unternommen. Wir haben erreicht, was vor einem halben Jahr vielen noch als unerreichbar galt: Der bayerische Staatshaushalt kommt auch in den Jahren 2011 und 2012, d.h. das sechste und siebte Mal, ohne neue Schulden aus! Wir in Bayern brauchen keinen Konsolidierungspfad. Bei uns ist der Haushalt ohne neue Schulden kein Fernziel, sondern Realität. Wir konsolidieren und investieren aus Verantwortung.

Dabei hat uns natürlich auch der einsetzende Aufschwung geholfen. Das war aber weder Glück noch Zufall. Es war harte Arbeit, vor allem aber eine Gemeinschaftsleistung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Unsere Grundüberzeugung geht dabei über den Haushalt ohne neue Schulden allein hinaus. Wir können Chancen für Morgen nur eröffnen, wenn wir heute die nötigen Freiräume schaffen.

Ziel unseres Doppelhaushalts 2011/2012 ist deshalb ein ausgewogenes Sparen gekoppelt mit klugen Investitionen. Wir sind in manchen Bereichen bestehender Ausgaben an die Grenzen dessen gegangen, was zur Funktionsfähigkeit der Staatsverwaltung noch unbedingt notwendig ist. Dafür haben wir andere Bereiche massiv gestärkt: Familie, Bildung und Innovationen sind unsere Zukunft. So steigern wir auch im Doppelhaushalt 2011/2012 die familienbezogenen Leistungen um rd. 10 Prozent auf 2,2 Mrd. EUR in 2012. Für Verbesserungen im Schulbereich schaffen wir auch in den Jahren 2011 und 2012 jährlich 1.000 zusätzliche Lehrerplanstellen. Für Hochbaumaßnahmen für Hochschulen und Kunst stehen dem Wissenschaftsminister in den kom-

menden beiden Jahren insgesamt 1 Mrd. EUR zur Verfügung. Außerdem stärken wir die bayerische Innovationsfähigkeit, z.B. bei der Elektromobilität und der Biosystemforschung. Denn wir sind der festen Überzeugung: Diese Politik für Wachstum und Wohlstand kommt allen Menschen in Bayern zu Gute.

### **Zweitens: Anreizorientierter Länderfinanzausgleich dringend nötig**

Der bundesstaatliche Finanzausgleich weist gravierende Mängel auf. Statt die Eigenverantwortung zu stärken, droht er zur finanziellen Hängematte zu werden. Wenn Herr Wowereit mit seinem Slogan „arm aber sexy“ kokettiert, vergisst er zu erwähnen, dass er sich dies auf Kosten anderer gönnt; Berlin kassiert mit 2,9 Mrd. EUR im Jahr 2010 den Löwenanteil aus dem Länderfinanzausgleich. Dieses System ist leistungsfeindlich und erfüllt nicht seine eigentliche Funktion als Hilfe zur Selbsthilfe. Zwar wurden mit der ab 2005 geltenden Fassung des Länderfinanzausgleichs einige Verbesserungen erreicht; gravierende Probleme sind jedoch ungelöst:

Das geltende Ausgleichssystem gleicht die Steuerkraft der Länder zu stark an. Das macht es für viele Länder unattraktiv, sich verstärkt um die Entwicklung ihrer eigenen Steuerquellen zu bemühen. Bei etlichen Ländern bleibt von zusätzlich erzielten Steuereinnahmen nach Finanzausgleich weniger als ein Zehntel im Land.

Das zweite grundsätzliche Problem ist die mangelnde Funktionalität des Ausgleichs. Was ich damit meine: Bisher ist es nur Bayern gelungen, vom langjährigen Empfängerland nachhaltig zum mittlerweile stärksten Zahler aufzusteigen. Wir bestreiten derzeit die Hälfte des Länderfinanzausgleichs. Wir brauchen mehr Erfolgsgeschichten dieser Art. Der Länderfinanzausgleich allein kann, gleichgültig wie er ausgestaltet ist, diese natürlich nicht herbeizaubern. Er darf sie aber wenigstens nicht behindern. In seiner heutigen Prägung genügt er den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht mehr. Gemeinsam mit den Ländern Baden-Württemberg und Hessen wollen wir daher mit den übrigen Ländern und dem Bund über zielgerichtete Reformen sprechen. Wenn uns das nicht gelingt und wir hier auf eine Verweigerungshaltung treffen – erste Reaktionen, insbesondere aus Berlin, lassen das befürchten –, bleibt nur die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

### **Drittens: Solide Finanzen in Europa – für eine neue Stabilitätskultur in Europa**

Europa steht vor einer zentralen Richtungsentscheidung. Das Jahr 2011 markiert einen

Scheideweg in Europa. Es geht um schwerwiegende Weichenstellungen, die das Wesen der Union verändern können und werden. Es geht darum, ob die EU zukünftig durch Stabilität, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit geprägt sein soll oder durch Schulden, Stillstand und den Charakter einer Transferunion.

Für Deutschland und Bayern steht dabei besonders viel auf dem Spiel. Auf uns haben die Entscheidungen zur zukünftigen Ausrichtung der EU tiefgreifende Auswirkungen. Nicht zuletzt deshalb hat Bayern, haben vor allem Theo Waigel und Edmund Stoiber, immer an vorderster Front für einen stabilen Euro, solide Finanzen und gegen alle Tendenzen in Richtung Transferunion gekämpft.

Bereits in der Regierungserklärung vom 19. Mai 2010 vor dem Bayerischen Landtag habe ich als Antwort auf die Schuldenkrise in einigen europäischen Staaten insbesondere eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie eine strengere Finanzmarktregulierung gefordert und ein klares „Nein“ zur Transferunion erklärt. Alle Mitgliedstaaten müssen jetzt überzeugend zeigen, dass sie es ernst meinen mit der notwendigen finanzpolitischen Disziplin. Sie ist Grundlage für das Vertrauen der Märkte in die gemeinsame Währung. Wir brauchen eine neue Stabilitätskultur, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch aktiv gelebt in allen Mitgliedstaaten.

Diese bayerische Linie haben wir im Bundesrat konsequent weiterverfolgt. Wir verstehen uns als Motor der Verschärfung des Stabilitätspaktes. Weite Teile unserer Forderungen finden sich im Beschluss des Europäischen Rats vom 28./29. Oktober 2010 wieder.

Damit geben wir uns jedoch nicht zufrieden. Wir setzen uns weiterhin nach Kräften für einen stabilen Euro und damit für die Interessen der bayerischen und deutschen Steuerzahler ein und fordern vor allem:

- Private Gläubiger müssen zukünftig angemessen beteiligt werden.
- Hilfen der Mitgliedstaaten gegenüber einem notleidenden Euro-Staat dürfen nur als ultima ratio erfolgen, also als letztes Mittel.
- Der in Art. 125 AEUV festgelegte no-bail-out-Grundsatz darf nicht angetastet werden.
- Mögliche Hilfen sind nur verantwortbar, wenn sie an strikte Bedingungen geknüpft sind, die den weitestmöglichen Schutz der deutschen Steuerzahler in den Mittelpunkt stellen.
- Die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion darf nicht zu fortwährenden Transferzahlungen an Euro-Mitglieder führen.
- Durch das Erfordernis einstimmiger Ent-

scheidungen muss eine potenzielle Überforderung einzelner Mitgliedstaaten vermieden werden.

- Die Einführung gemeinsamer EU-Anleihen lehnen wir entschieden ab.
- Eine Aufstockung des aktuell bis 2013 aufgespannten Rettungsschirms „EFSF“ zum jetzigen Zeitpunkt halten wir für nicht erforderlich.

Rettungsschirme können – gleichgültig nach welchem Strickmuster – nur Symptome kurieren. Das tatsächliche Problem liegt an einer anderen Stelle: Unabdingbare Voraussetzung für einen dauerhaft stabilen Euro sind und bleiben solide Finanzen in allen Euro-Ländern.

Wir in Bayern haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir sind Vorreiter einer soliden Haushaltspolitik und haben mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 den sechsten und siebten Haushalt in Bayern ohne neue Schulden im bayerischen Landtag vorgestellt. Auf Bundesebene haben wir maßgeblich zur Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz beigetragen. Nun setzen wir uns auf europäischer Ebene für eine neue und gelebte Stabilitätskultur ein und liefern eine Blaupause für Europa. Wir handeln dabei in der festen Überzeugung, dass nur solide Finanzen auf allen Ebenen der Garant für eine prosperierende Wirtschaft, für Wohlstand und Stabilität sind.

### **Ausblick: Heute den Aufschwung von Übermorgen organisieren**

Bayern hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise deshalb so gut bewältigt, weil Unternehmen und Politik gemeinsam an einem Strang gezogen haben: Wir befinden uns im Aufschwung. Darüber dürfen wir uns freuen; es darf aber zu keinem Stillstand kommen – wir dürfen uns nicht auf diesem Erfolg ausruhen. Vielmehr gilt es, bereits heute die Grundlagen für den Aufschwung von Übermorgen zu legen. Ich möchte, dass sich „mehr leisten“ in unserer Gesellschaft auch lohnt. Deshalb habe ich Vorschläge für eine Steuerreform vorgelegt, die noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Standort Bayern im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu stärken und den Wohlstand zu sichern.



**GEORG FAHRENSCHON**  
STAATSMINISTER DER FINANZEN

## Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

trotz anhaltend guter Wirtschaftslage sieht sich die Bundesregierung auch in diesem Jahr fast im Wochenrhythmus vor immer neue Fragen und Entscheidungen gestellt. Frau Merkel ist um ihr Arbeitspensum nicht zu beneiden. In vielen Fällen ist dabei ordnungspolitische Trittsicherheit gefragt. Faulen Kompromissen nachzugeben, dient unserem Land langfristig nicht, auch wenn der Zeitgeist es nicht selten so will. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur drei Themen anschnitten, die die politische Debatte in jüngster Zeit beherrscht haben bzw. noch beherrschen.

So hat Bundesarbeitsministerin von der Leyen für hitziges Pro und Contra mit ihrer Forderung nach Einführung einer staatlich verordneten Frauenquote in der Wirtschaft gesorgt. Ich persönlich kann mich damit,

offen gestanden, nach wie vor nicht anfreunden. Dabei ist es überhaupt keine Frage, dass wir auf die Kompetenzen und Qualifikationen gut ausgebildeter Frauen nirgendwo in der Wirtschaft verzichten können. Der demografische Wandel wird sein übriges dazu tun. Ich zweifle auch nicht im Geringsten daran, dass aus dem hochqualifizierten weiblichen Berufsnachwuchs in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer mehr Frauen in Spitzenpositionen aufrücken werden. Diesen Aufstieg müssen und werden wir fördern. Aber bitte keine staatlich verordnete Quote. Sie passt nicht zu unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung – so wenig wie Quoten für Führungskräfte mit Migrationshintergrund und andere Quoten. Maßgebliches Kriterium für die Besetzung von Top-Positionen in der Wirtschaft, die sich im Wettbewerb zu behaupten hat, sind und bleiben Qualifikation und Leistung!

Nach langem Ringen haben sich Bundesregierung und Opposition auf eine Hartz IV Reform geeinigt, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig geworden ist. Danach werden die Regelsätze auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt und in zwei Stufen stärker erhöht als ursprünglich geplant. Zugleich hat sich die Opposition ihre Zustimmung im Bundesrat mit einer Ausweitung des Zeitarbeit in die Mindestlohnregelungen abkaufen lassen. Diese Zugeständnisse halten sich in Grenzen. Wir müssen freilich aufpassen, dass mit dem Hinweis auf die hervorragende Wirtschaftslage keine

neue Welle sozialer Wohltaten vom Zaun gebrochen wird. Und es wäre ein Fehler, den Arbeitsmarkt erneut schrittweise zu verriegeln. Die Reformen der letzten Jahre haben entscheidend dazu beigetragen, den jahrzehntelangen Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit zu brechen. Dieser Erfolg darf nicht gefährdet werden.

In den Fokus der Europapolitik sind in den letzten Wochen auch die z.T. stark divergierenden Wettbewerbspositionen der einzelnen Euro-Länder gerückt. Zu Recht. Eine Reihe von Mitgliedsstaaten muss nicht nur seine Haushalte durchgreifend konsolidieren, sondern auch hart an der Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit arbeiten. Dies ist zwingend notwendig für den Abbau von Ungleichgewichten im Außenhandel und ein stabileres Währungsgefüge. Ob wir dafür eine „Europäische Wirtschaftsregierung“ brauchen, die sich um die Harmonisierung der einzelnen Wettbewerbsparameter kümmert, halte ich allerdings nach wie vor für mehr als fraglich. Ausgreifende Gleichmacherei im Detail ist abzulehnen – sei es beispielsweise beim Renteneintrittsalter oder bei den Steuersätzen. Sie ist auch nicht entscheidend. Wettbewerbsfähigkeit ergibt sich aus der Quersumme aller Rahmenbedingungen. Diese muss stimmen. Dafür sind und bleiben primär die Nationalstaaten verantwortlich. Wir fühlen uns dem Subsidiaritätsprinzip auch künftig verpflichtet.

Herzlichst  
Ihr  
**Jürgen Hofmann**

## Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Elisabeth Ottiger, München
- Bianca R. Jetzlsperger, Massing
- Nicolai Haase, Evoluzione Media AG, München
- Franz Obermayer, FOX-IT GmbH, Kirchweidach
- Astrid Gohl, Augsburg
- Gerald A. Hochenberger, München
- Martin Haberkorn, München
- Silvio Renke Immobilienmanagement, Garmisch-Partenkirchen
- Kathrin Keßler, Edelweiß & Berge UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG, München
- Heinrich Haasis, Präsident Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Berlin
- Rose Stix, Rose STIX Immobilien, München
- Helmuth Jungbauer, Bamberg

# Lesen, was Sache ist.



Wir freuen uns auf ihren Besuch vom 17. - 20. März am Stand E403, Halle 3



**WELTBUCH**  
Verlag

## Impressum

Redaktionsschluss:  
23.02.2011

**Herausgeber:** Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, T: 089-2422860, F: 089-291518, [www.wbu.de](http://www.wbu.de), V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann • **Produktion:** WELTBUCH Verlag, Tel. 0351-4794244, [www.weltbuch-service.de](http://www.weltbuch-service.de)



# Exportland Deutschland

## Die Chancen nach der Krise

„In der Krise macht man keine Fehler“, betonte Prof. Dr. Michael Hüther jüngst während einer Vortragsveranstaltung des Wirtschaftsbeirats Bayern im Hotel Bayerischer Hof in München. Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) machte seinem Publikum mit dieser prägnanten These deutlich, dass die diffizileren ökonomischen Herausforderungen nicht während der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen waren, sondern gegenwärtig zu lösen sind – zu einem Zeitpunkt zu dem sich Deutschland im Aufwind befindet. „In der entscheidenden Phase sind wir jetzt“, unterstrich der Gastredner aus Nordrhein-Westfalen und fügte hinzu: „Geld sinnvoll auszugeben ist nicht einfach.“

In einem pointierten Vortrag mit dem Titel „Exportland Deutschland: Chancen und Perspektiven“ wies der promovierte Wirtschaftswissenschaftler zunächst darauf hin, dass die Krise keinen Strukturbruch ausgelöst habe, sondern lediglich als „Wachstumspause“ und „Robustheits-Test“ zu bewerten sei. Geschäftsmodelle, die den Anspruch der Nachhaltigkeit nicht erfüllt hätten, seien gnadenlos identifiziert worden. Dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2010 bereits wieder um überraschende 3,6 Prozent gewachsen sei und ein starkes Export-Niveau aufweise, liege nicht nur am Know-how oder technischen Vorsprung hiesiger Firmen, sondern auch an der „Haltung“ der Unternehmer. Durch ein hohes Maß an Verlässlichkeit hätten sich diese internationalen Vertrauen erarbeitet.

Überdies kam der Redner auf die „Megatrends des globalen Wandels“ zu sprechen. Beinahe überall auf der Welt – außer in Europa – steige die Bevölkerungsanzahl: „Wir gehen auf die neun Milliarden zu. Die Frage ist: können wir an dieser Dynamik partizipieren?“, so Hüther. Möglicherweise entwickle sich Afrika in Zukunft ähnlich wie Asien gegenwärtig. Deutschland profitiere insbesondere vom Handel in den Emerging Markets. Der Exportanteil in die Schwellenländer stieg von 19 Prozent im Jahr 1999 auf 29 Prozent 2009: „Die Schwellenländer brauchen deutsche Produkte. Frankreich zum Beispiel hält hier nicht mit“, analysierte der Wissenschaftler. Diesen Umstand begründete Hüther unter anderem mit den Folgen der frühen Industrialisierung. Im Gegensatz zum zentralistischen Frankreich hätten sich in Deutschland zahlreiche kleinere Staaten industriell etabliert. Sie seien bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts



Unter der Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses für Außenwirtschaft, Hubert Stärker (re.), sprach am 26. Januar Prof. Dr. Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft (mi.) über die Perspektiven des Exportlandes Deutschland. Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann (li.)

an ein Eisenbahnnetz angeschlossen. Die Langzeitwirkungen solcher Entwicklungen seien momentan zu erkennen.

Zum Megatrend Globalisierung erläuterte der Referent, dass die Bundesbürger ihr Geld noch immer zu 80 Prozent im eigenen Land anlegen würden. 90 Prozent der Mittelständler und 70 Prozent der größeren Unternehmen konzentrierten sich nach wie vor auf den deutschen Markt. Hüther prognostizierte aber: „Die internationalen Austauschverhältnisse werden sich intensivieren. Eine echte Globalisierung steht uns noch bevor.“

Kritisch äußerte sich der Referent über einige Experten-Aussagen im Zuge der Euro-Krise: Den Vorschlag des ehemaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel, die Eurozone in einen Nord- und einen Südraum zu teilen, bezeichnete Hüther als „absurd“. Dem EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, gab er den Rat, ökonomische Gedankenspiele weniger häufig publik zu machen: „Die Herren sollten nichts anderes sagen, als das, was sie beschlossen haben.“ Darüber hinaus empfahl Hüther, in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten eine Schuldenbremse zu verankern und Kompetenzen in bestimmten Politikbereichen – wie beispielsweise Verteidigung – zu bündeln.

Den Vorschlag des US-amerikanischen Finanzministers Timothy Geithner, Handelsbilanzüberschüsse auf vier Prozent des BIP

zu begrenzen, wies Hüther mit Nachdruck zurück. Die Realisierung der Idee käme einem „Rückfall in planwirtschaftliches Denken“ gleich. Zudem merkte der Professor an: „Länder mit Handelsbilanzdefizit importieren ausländische Ersparnisse. Dies ist nicht per se schlecht, sondern dann gut, sofern diese wertschöpfend eingesetzt werden. Deutschland steigert vor allem seine Exporte in die Schwellenländer. Über Vorleistungsbezüge steigert dies auch das Wachstum im umliegenden Euroraum.“

Der Bundesrepublik stellte der Redner schließlich eine positive wirtschaftliche Zukunft in Aussicht: „Wir haben die Möglichkeit, unsere gute Situation zu behaupten.“ Bewährt habe sich das Festhalten am industriellen Sektor: „Die Industrie ist der Kern unserer Wirtschaft“, betonte Hüther. Der Staat indes solle nicht zu sehr in die technologische Entwicklung eingreifen, mahnte der Referent und kritisierte in diesem Zusammenhang die Forderung, die Elektromobilität stärker zu subventionieren. Deutschland brauche „keine interventionistischen Maßnahmen“, die Technologie bedürfe vielmehr einer neutralen Förderung. Nachdrücklich rief Hüther hingegen dazu auf, die Vernetzung von Universität und Wirtschaft stärker zu forcieren. Eine bedeutsame Rolle könnten in diesem Kontext die so genannten Deutschland-Stipendien spielen. Hierbei teilen sich Staat und private Investoren die finanzielle Unterstützung begabter Studenten. Das Projekt startet im Februar.

**LUTZ KORNDÖRFER**

# Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



v.l.: Dr. Otto Wiesheu, Franz Fischler, Klaus Josef Lutz

**Agrarausschuss:** Den früheren EU-Landwirtschaftskommissar Franz Fischler hatte der Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik unter seinem neuen Vorsitzenden Klaus Josef Lutz zu Gast. Im vollbesetzten Fürstensalon referierte der renommierte Agrarexperte über die „Die Zukunft der Land- und Ernährungswirtschaft im Licht notwendiger Reformen“.

**Bezirk München:** Mit einem neuen Format unter dem Motto „Sprechstunde der Münchner Wirtschaft“ startete der Bezirk München unter der Leitung von Hans Hammer am 31. Januar ins Veranstaltungsjahr. Dr. Otmar Bernhard, MdL, Bayerischer



v.l.: Markus Blume, Dr. Otmar Bernhard, Josef Schmid, Hans Hammer

Umweltminister a.D., Josef Schmid, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion und Markus Blume, MdL, umrissen in kurzen Statements die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen dieses Jahres. Danach hörten sie den Teilnehmern zu, die ihre Ansichten, Anliegen und Fragen darlegten und mit den Politikern ausgiebig diskutierten: ganz in der Tradition von „Jetzt red i!“.

**Tourismusausschuss:** Am 15. Februar begrüßte der Vorsitzende Robert Salzl im Erdinger Weißbräu mehr als 80 Mitglieder des Tourismusausschusses, die sich über die Therme Erding und ihre Bedeutung als



v.l.: Marcus Maier, Max Gotz, Jörg Wund, Adolf Dingreiter, Dr. Jürgen Hofmann

Wirtschaftsfaktor für die Region informieren wollten. Der 1. Bürgermeister der Stadt Erding, Max Gotz, und der Leiter des Stadtmarketings Erding, Günther Pech, sprachen über die Auswirkungen der Therme Erding. Vorgestellt wurde das Erfolgsprojekt von Geschäftsführer Jörg Wund, der die Therme zusammen mit seinem Vater geplant, gebaut sowie finanziert hat und privat betreibt. Der Marketingleiter Marcus Maier berichtete über die innovativen Projekte und Ideen, die die Therme Erding einzigartig und attraktiv machen. Anschließend waren die Teilnehmer eingeladen, das Freizeitangebot der Therme Erding selbst kennen zu lernen.

## Terminvorschau

### 22. März, München

Ausschuss für Medienpolitik: „Der Start der digitalen Dekade – wo stehen wir, und was wird noch möglich sein?“ – Michael Frank, Serviceplan Gruppe für innovative Kommunikation GmbH & Co.KG

### 23. März, München

Junge Unternehmer: Besuch im Bayerischen Landtag

### 25. - 27. März, Kitzbühel

Junge Unternehmer: Skiwochenende

### 29. März, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: „Gegen Demokratie und Rechtsstaat – die Revolution der 68-er und ihr Erbe“ – Prof. Dr. Hans Hugo Klein, Bundesverfassungsrichter a.D.

### 30. März, Aldersbach

Bezirke Passau und Inn Salzach: „Südbayern Quo Vadis“ – Dr. E.h. Hans Huber, Aufsichtsratsvorsitzender der Hans Huber AG, Berching

### 31. März, Schweinfurt

Bezirk Schweinfurt: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

### 5. April, München

Ausschuss für Medien

### 6. April, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Dr. Theodor Weimer, Sprecher des Vorstandes der HypoVereinsbank AG

### 7. April, Bayreuth

Bezirk Bayreuth: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

### 7. April, Regensburg

Bezirk Regensburg: „Sicherheit und Risiko bei Geldanlagen – Herausforderung an Banken und Beratung“ – Univ.-Prof. Dr. Karl-Georg Loritz, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht, Universität Bayreuth; Mag. Helmut Praniess, Vorstandsvorsitzender der Privatbank AG der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Linz; Wolfgang Graf zu Castell-Castell, Fürstlich Castell'sche Bank, Nürnberg; Dr. Karlheinz Götz, Götz-Management-Holding AG, Regensburg (Moderation)

### 11./12. April, Berlin

Junge Unternehmer: Werkstattbesuch im Bundestag

### 14. April, Weiden

Bezirk Weiden: Wirtschaftsforum mit Prof. Dr. Hans Jörg Bullinger, Präsident

der Fraunhofer-Gesellschaft; Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

### 6. Mai, München

Ausschuss für Tourismus: „Olympia und Wintertourismus“

### 10. Mai, München

Ausschuss für Mittelstandspolitik

### 17. Mai, Neumarkt

Bezirk Jurakreis: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

### 19. Mai, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik

### 9./10. Juni, Kloster Banz

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage

### 1. Juli, Fraueninsel/Chiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land und Bezirk Rosenheim: Frauenwörther Gespräche

### 12. Juli, Burghausen

Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke Berchtesgadener Land, Inn/Salzach und Passau

### 18. Juli, Würzburg

Bayerischer Wirtschaftstag

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist seit über sechzig Jahren ein politisch unabhängiger und rechtlich selbständiger Berufsverband mit der Hauptaufgabe, Erfahrungen aus der unternehmerischen Praxis in die Politik einzubringen und möglichst schon im Vorfeld auf wichtige Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Der Wirtschaftsbeirat tritt für Rahmenbedingungen ein, unter denen sich möglichst viele Betriebe im Wettbewerb behaupten und entfalten können. Die Mitglieder – derzeit über 1.700 – sind Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus Vorständen und Geschäftsführungen, Vertreter der Freien Berufe sowie Unternehmen – dazu gehören international operierende Großfirmen ebenso wie mittelständische Betriebe aus allen Bereichen der Wirtschaft.

### INFORMATIONEN

Auflage: 3.000 Exemplare  
 Erscheint: 11 Ausgaben pro Jahr  
 Umfang: 4-6 Seiten A4  
 Druck: 4-farbig, Bilderdruck  
 Vertrieb: Personalisierter Versand an alle Mitglieder des WBU, ausgewählte Personen und Unternehmen  
 Auslage zu allen Veranstaltungen des WBU, für Presse, Werbung  
 Rabatte: 2-6 Schaltungen 10%  
 6-12 Schaltungen 15%

Alle Preise gelten zzgl. MwSt.

Andere Formate als rechts dargestellt nach Absprache möglich.

HERAUSGEBER: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, [www.wbu.de](http://www.wbu.de)  
 PRODUKTION/ANZEIGEN: Weltbuch Verlag GmbH, Enderstr. 59, 01277 Dresden, Tel. 0351-4794244, Fax: 0351-4794245, [www.weltbuch-service.de](http://www.weltbuch-service.de)

### FORMATE UND PREISE

<p>1/1 19 x 27,3 cm</p> <p>€ 1.320,-</p>	<p>1/2 19 x 13,4 cm</p> <p>€ 850,-</p>	<p>1/3 hoch: 6 x 27,3 cm quer: 19 x 8,8 cm</p> <p>€ 620,-</p>
<p>1/4 hoch: 6 x 20 cm quer: 19 x 6,4 cm</p> <p>€ 495,-</p>	<p>1/6 hoch: 6 x 13,4 cm quer: 19 x 4,2 cm</p> <p>€ 340,-</p>	<p>1/8 hoch: 6 x 9,8 cm quer: 9,2 x 6,4 cm</p> <p>€ 290,-</p>

### ANZEIGENSCHALTUNG:

Fax: 0351-4794245 oder E-Mail: [weltbuch@mac.com](mailto:weltbuch@mac.com)

Format (dazugehöriger Preis s.o.):  
 1/1  1/2  1/3  1/4  1/6  1/8  
 anders Format:.....

Ausgabe:  03  04  05  06  07  
 08/09  10  11  12 /  2012

Hiermit buchen wir fest ein und/oder mehrere Anzeige(n) im angekreuztem Format und Monat. Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung!

Firma ..... Ort/Datum .....

Frau/Herr.....

Telefon ..... Fax .....

E-Mail .....

.....  
 Unterschrift (ggf. Stempel)